

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Pflaundershühchen“ und „Allgemeine Winzer-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
:: (ohne Trägerlohn oder Postgebühr) ::
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 15 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.
Druck und Verlag von Adam Eklene in Oestrich und Eltville.
Fernsprecher No. 88

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 8

Donnerstag, den 17. Januar 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

XVIII. Armee-Korps.
Stellvertretendes General-Kommando.
Kst. 36 Tgl. Nr. 27531/7244.

Betr.: Anzeige von leerstehenden und gekündigten
Wohnungen.

Verordnung.

Im Einvernehmen mit dem Gouverneur der Festung
Mainz wird die Verordnung vom 28. Oktober 1917 (36
22531/6222 dahin abgeändert, daß die Verpflichtung, Anzeige
nach Ziffer 1 zu erstatten auf die Vermieter von 3-Zimmer-
wohnungen ausgedehnt wird und Ziffer 1 folgenden Zusatz
erhält:

„Desgleichen ist innerhalb 48 Stunden derselben
Stelle zu melden, sobald eine der bezeichneten Woh-
nungen, Schlafstellen usw. wieder vermietet ist.
Frankfurt a. M., den 22. Dezember 1917.
Der Stellvertretende General.“

Verordnung der Zentralbehörde.

Die Deutsche Bäckerei des Vereins der Deutschen Bäck-
händler zu Leipzig hat darauf aufmerksam gemacht, daß verschiedene
Ämterstellen der inneren Verwaltung der Deutschen Bäckerei noch
fernsehen und ihre amtlichen Drucksachen nicht oder nicht in ge-
nügigem Umfange der Deutschen Bäckerei überweisen. Letztere
hat daher die Bitte ausgesprochen, die Staats- und Gemeindebe-
hörden erneut darauf hinzuweisen, daß dieses Archiv des gesamten
deutschen Schriftums gehalten ist, alle amtlichen Drucksachen ohne
Unterschied des Wertes zu sammeln, und es daher für sie von
größter Bedeutung ist, alle von amtswegen hergestellten Drucksachen
seit 1918 und für die Zukunft zu erhalten, soweit das bisher noch
nicht geschehen ist.

Unter Bezugnahme auf den Rundschreiben vom 10. Juni 1915
— Ia. 717 — erlaube ich, die nachgeordneten Staats- und Ge-
meindebehörden durch die amtlichen Blätter auf die Sammelziele
der Deutschen Bäckerei hinzuweisen und zur unentgeltlichen porto-
freien Abgabe der bezeichneten Drucksachen zu veranlassen, soweit
dem nicht dienliche Rücksichten entgegenstehen und genügend
Wehrabdrücke vorhanden sind, so daß besondere Schreibarbeit nicht
erforderlich wird.

Berlin, den 8. Dezember 1917.

Der Minister des Innern.

Den Herren Bürgermeistern

geht in diesen Tagen ein Vordruck zur Nachweisung des Bedarfs
an Impfformularen für 1918 zu. Ich erlaube um Ausfüllung und
Rücksendung des Vordrucks bis zum 5. Februar d. J.

Küdesheim a. Rh., den 14. Januar 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Betrifft: Sammlung alter Konservendosen.

„Zinn gewinnt für die Zwecke der Landesverteidigung und der
Volksernährung (zur Herstellung neuer Konservendosen) eine immer
wachsende Bedeutung.“

Die verfügbaren Bestände an neuem Zinn sind begrenzt. Jede
Möglichkeit, Zinn aus sinnhaltigen Gegenständen, insbesondere
solchen aus Weißblech, zu gewinnen, muß restlos ausgenutzt werden.

Aus diesem Grunde ist die Sammlung und Ablieferung aller
vorhandenen alten Konservendosen, die ganz oder teilweise aus
Weißblech bestehen, dringend geboten. Jede zur Ablieferung ge-
brachte Konservendose vermehrt den Zinnbestand des deutschen Reiches.

Im vaterländischen Interesse werden alle Kreise der Bevölke-
rung, gewerbliche Betriebe, Gastwirtschaften, Versammlungsanstalten
jeder Art, Haushaltungen usw. aufgefordert, die bei ihnen verfügbaren
alten Konservendosen aus Weißblech in möglichst sauberem
Zustand an die Sammelstellen beim dortigen Bürgermeisteramt ab-
zuliefern. Die 3. H. vorhandenen Dosen sind möglichst sofort,
später entfallende nach Ansammlung kleiner Mengen zur Abliefe-
rung zu bringen.

Für die Zwecke der Sammlung verwertbar sind nur solche
Dosen, die ganz oder teilweise aus Weißblech bestehen. Dosen aus
Schwarzblech ohne Weißblechteile können nicht angenommen werden.
Für die abgelieferten alten Konservendosen aus Weißblech wird
auf Wunsch eine Vergütung von 50 — 100 Pf. für 1000 kg. gezahlt.

Auch die kleinste Menge ist von Wert. Jeder Ablieferer alter
Konservendosen verdient sich, ohne Opfer bringen zu müssen, den
Dank des Vaterlandes.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Nach dem Sturm.

Wer geglaubt hatte, daß die hochwichtigen Be-
sprechungen dieser Tage im Mittelpunkt unseres politischen
Lebens mit einem dramatischen Donnerstags-Tagesschlagen
enden würden, der wird sich jetzt angenehm enttäuscht
finden. Das Haupt des Staatssekretärs v. Kühlmann
war das mindeste, was von der einen Seite als Sühne-
opfer für die Unstimmigkeiten von Brest-Litowsk gefordert
wurde — und die Möglichkeit einer Trennung Hinden-
burgs von Ludendorff wurde von der anderen Seite
schon ganz ernsthaft zur Erwägung gestellt, während eine
Mittelrichtung sich schon mit dem Rücktritt des Herrn v. Valen-
tini begnügen wollte, des Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts.
Aus alledem ist nichts geworden. Herr v. Kühlmann bleibt
als Vertrauensmann des Reichskanzlers in Brest-Litowsk.
Dieser selbst denkt auch nicht im mindesten daran zu er-
kranken und sich nach einem Nachfolger umzusehen, und
General Ludendorff steht ebenso selbstlicher und sieges-
gewiß, wie er gewesen, im Großen Hauptquartier zurück.

um dort neue Waffentaten schmieden zu helfen. Es hat
lediglich in Berlin eine „vertrauensvolle Aussprache“
zwischen dem Grafen Hertling und unseren Heerführern
stattgefunden, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt, und da
keine sachlichen Streitpunkte vorlagen, bedurfte es zu ihrer
Entscheidung auch keines Kronrats. Daß nebenher auch der
Kaiser mit den Ergebnissen dieser vertrauensvollen Aus-
sprache fortgesetzt befaßt wurde und daß auch der
Kronprinz an ihnen lebhaften Anteil nahm, verleiht den
Ereignissen ungewissheit eine erhöhte Bedeutung, kann
aber die amtliche Berichterstattung nicht zu größerer Mit-
teilbarkeit bestimmen. Genug, daß die leitenden Persön-
lichkeiten sich miteinander verständigt haben, daß keine
sachlichen Meinungsverschiedenheiten vorlagen und daß
nachher keine äußerlich sichtbaren Veränderungen einge-
treten sind — mit diesen Feststellungen soll die Öffentlich-
keit sich einstweilen zufriedengeben und, was wohl die
Hauptfrage ist, nimmere der Fortgang der Verhandlungen
in Brest-Litowsk abwarten. „Vertrauensvoll“ abwarten,
nach dem guten Beispiel, das die Reichsleitung ihr soeben
gegeben hat.

Es wird ihr in der Tat nichts anderes übrigbleiben.
Aber sie braucht sich auch nicht mit der Fülle der Brechkü-
der der Reichskanzlei zu begnügen. „Ausgleich“ lautet die
Lösung, die zur Kennzeichnung des inneren Verlaufs dieser
entscheidenden Aussprache von zweiter Hand ausgegeben
wird, eine „Demarkationslinie“ zwischen der militärischen
und politischen Leitung unserer Schicksale sei gefunden und
festgelegt worden, die für die Zukunft die Wiederkehr von
Reibungen unmöglich mache. Klare Grundleitungen für die
Verhandlungen im Osten sind gezogen — und freie Bahn nach
Westen, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendig-
keiten des Deutschen Reiches finde. So sei nun endlich alles
aufs Beste bestellt, und es bleibe nur noch übrig, daß unsere
Unterhändler sich fortan genau an die Abmachungen dieser
Tage hielten, dann würden uns neue Krisengerüchte mit-
tamt dem ungefunken Zustand unruhiger Erregung, der
mit ihnen notwendigerweise jetzt immer verbunden ist, für
die Zukunft erspart bleiben. So einfach, wie unfundige
Leute sich das zuweilen vorstellen, liegen die Dinge natür-
lich nicht: daß die Militärs nur über militärische und die
verantwortlichen Politiker nur über politische Fragen
gehandelt werden dürfen oder zu entscheiden haben. Beide
Gebiete greifen häufig ineinander über, und namentlich
wo es sich um die höchsten Interessen des Vaterlandes, um
seine Sicherheit und sein Fortleben nach Zeiten schwerster
Heimtuchungen handelt, wird sich das sachverständige Urteil
unserer obersten Führer am wenigsten fein säuberlich nach
der einen oder nach der anderen Seite hin trennen lassen.
Unter besonderer Stolz sind auch stets die ganzen
Männer gewesen, die der Himmel uns geschenkt hat und
die auch jetzt an der Spitze unserer Heeresleitung stehen.
Niemand würde es wohl verwunderlich finden, wenn sie
a. B. neue Blutopfer ablehnten, falls die politische Leitung
des Reiches sich nicht entschlossen zeigte, ihre Kriegs- und
Friedensziele dementsprechend festzulegen, einfach aus
dem Grunde, weil enger gesteckte Ziele sich auch mit
den schon bisher gebrachten Opfern erreichen ließen.
Und umgekehrt kann auch die politische Führung mili-
tärliche Wünsche ablehnen, weil sie mit ihrer Erfüllung
schädliche Nebenwirkungen allgemeiner Natur für das
Reich verknüpft sieht. Hier heißt es eben einen Ausgleich
schaffen — und das ist in den Tagen, die hinter uns
liegen, geschehen. Um welche Fragen im einzelnen es sich
dabei gehandelt hat, darüber wird sich nicht mehr als in
Andeutungen reden lassen; vielleicht findet Graf Hertling,
wenn er demnächst wieder öffentlich das Wort ergreift,
Mittel und Wege, um auch die ärgsten Zweifler einiger-
maßen zu beruhigen. Bis dahin können wir nichts
Besseres tun, als auch unsererseits den höchsten Beratern
der Krone Vertrauen entgegenzubringen.

Der Tatbeweis, daß wir als die Sieger mit unseren
Feinden zu unterhandeln gedenken, wird inzwischen in
Brest-Litowsk erbracht. Nicht nur durch General Hoff-
mann, dessen kraftvolle Belehrungen über guten Ver-
handlungsstil und über die Bescheidenheit, die dem Be-
siegten ziemet, die Herren Trost und Genossen sich gewiß
nicht hinter den Spiegel stecken werden. Auch Staats-
sekretär v. Kühlmann zeigte in den letzten Sitzungen
eine bemerkenswerte Festigkeit in der Führung. Er
wachte die Gegenpartei wiederholt in die Enge
zu treiben und hatte schließlich den Mut, die
Verhandlungen in dem Augenblick abubrechen, als ihre
Fortsetzung zunächst nutzlos geworden war. So wird sich
bald herausstellen müssen, ob die Petersburger einen
Frieden, wie sie ihn haben können, haben wollen oder ob
sie sich etwa einbilden, mit unseren Bevollmächtigten wie
die Räte mit der Maus spielen zu können. Wir haben
feste Ziele im Osten, und die müssen erreicht werden,
sei es in Brest-Litowsk oder anderswo. Einen Ausgleich
können auch die Russen haben, aber er muß schon die
Berliner Prägung tragen, nicht die Marke der Maxi-
malisten, die vielleicht morgen wieder anderen Leuten
Blas machen müssen. Berlin und Brest-Litowsk — hier
wird sich die Dauerhaftigkeit der neuesten Abmachungen
unserer führenden Männer zu allererst zu erweisen haben.

Aber die unnötige Beunruhigung

der letzten Tage wird uns von besonderer Seite noch ge-
schrieben:

In den letzten Tagen trug ein Teil der Presse eine
nervöse Erregung zur Schau, zu der eine wirkliche Veran-
lassung nirgends erkennbar ist. Sicherlich hat es nichts
Aufälliges an sich, wenn in Zeiten wichtiger Ent-
scheidungen sich die Spitzen der an ihnen beteiligten

obersten Ämterstellen in der Reichshauptstadt einfinden, um
mit dem Kaiser und untereinander persönliche Fühlung zu
nehmen. Wie schon früher bei ähnlichen Anlässen wurde
sogar das Gerücht in Umlauf gesetzt, es werde ein
Kronrat einberufen werden. Regelmäßig wird damit
die Vermutung verknüpft, daß es sich um das Be-
stehen eines krisenhaften Zustandes handle, zu dessen
Schlichtung ein Kronrat erforderlich sei. Auch
dieses Mal fehlte nicht die Häufung der Namen aller mög-
lichen Persönlichkeiten, durch die der Eindruck einer großen
Krisis erweckt werden sollte. Was den Kronrat anlangt,
so ist festzustellen, daß weder am Sonntag noch am Mon-
tag ein solcher stattgefunden hat. Wohl hat der Kaiser
Besprechungen abgehalten und Vorträge entgegengenommen.
In der Öffentlichkeit ist es zwar weniger hervorgetreten,
gleichwohl aber Tatsache, daß der Reichskanzler in letzter
Zeit dem Kaiser fast täglich Vorträge gehalten hat. Von
einer Krisis kann nicht die Rede sein. Es liegt jeder Un-
gläubiger vor, zu glauben, daß zwischen den maßgebenden Stellen
abweichende Meinungen von solcher Tragweite, die nach
einem Ausgleich durch den Kronrat verlangt, nicht vor-
handen sind. Das dürfte die abgehaltenen vertrauens-
vollen Aussprachen erneut ergeben haben.

Die weder nach Inhalt noch nach Form berechnete
Ausschlachtung der wirklichen Vorgänge ist wahrlich nicht
dazu angetan, die große Sache, an der uns allen gelegen
sein muß, nach innen oder gar nach außen zu fördern.
Jeder Schein eines schweren inneren Zwiespalts wirkt auf
unsere Gegner ermutigend und trägt somit nach der einen
Seite zur Verlängerung des Krieges, nach der anderen,
wo sich begründete Aussichten auf eine endgültige Ein-
stellung der Feindseligkeiten eröffnen, zur Verstärkung
des Widerstandes gegen noch so berechnete Forderungen
bei. Die neuesten Berichte aus Brest-Litowsk lassen deut-
lich erkennen, wie verfehlt es wäre, die zu überwindenden
Schwierigkeiten zu unterschätzen. Es verstärkt sich
der Eindruck, daß die Russen es dort auf eine Ver-
schleppung der Verhandlungen anlegen. Sollte der weitere
Gang der Dinge diesen Eindruck bestätigen, so würden sie
allerdings die Erfahrung machen, daß sie sich einer
Täuschung hingeben. Auf sachliche Verhandlungen und
einen sachlichen Abschluß kommt es an. Die Bereitwillig-
keit dazu hat Deutschland offen kundgetan, auf Ver-
schleppungsmanöver sich einzulassen, hat es aber weder
Ursache noch Neigung. In den jetzt im Osten hervor-
tretenden Erscheinungen ist indessen eine abnormale
Mahnung an die deutsche Heimat enthalten, alles zu ver-
meiden, was unseren Gegnern den Rücken freieren könnte.

Aus dem Hauptauschuß.

Berlin, 15. Jan. Im Hauptauschuß des Reichstages
gab nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, an der
sich alle Parteien beteiligten, Unterstaatssekretär von dem
Büchse die Erklärung ab, daß alle umlaufenden Gerüchte
über neue Instruktionen, die Herr v. Kühlmann erhalten
habe, der sachlichen Unterlage entbehren, und daß der
Reichskanzler den Wunsch ausgesprochen habe, die politische
Debatte möge verschoben werden, da sie zurzeit ungewis-
sheit wäre. Der Auschuß beschloß in diesem Sinne, so
daß eine politische Debatte morgen nicht stattfindet. In
Abgeordnetenkreisen nimmt man an, daß der Kanzler seine
angekündigte Rede am Freitag halten wird.

Das Frauenwahlrecht im preussischen Abgeordnetenhaus.

(107. Sitzung. RK. Berlin, 15. Januar.)

Nach reichlich bemessenen Meinungsäußerungen hat das Ab-
geordnetenhaus heute seine Verhandlungen wieder aufge-
nommen. Die Bänke weilen große Lücken auf, und die Mit-
glieder des Hauses bringen der Tagesordnung nur wenig
Interesse entgegen, unterhalten sich vielmehr schon lange vor
Beginn der Sitzung sehr angeregter über die bekannten Vor-
gänge der letzten Tage auf dem Gebiete der großen Politik.

Das Stimmengewirr verstummt erst als Präsident Graf
Schwerin-Rosmit dem vor einigen Tagen verstorbenen lang-
jährigen Präsidenten Jordan v. Kröcher einen Nachruf von
besonderer Wärme und Gefühllichkeit widmet. Dann tritt das
Haus in die Erledigung seiner Geschäfte ein. Die Ankündi-
gung, daß an erster Stelle die vorliegenden Anträge auf

Erweiterung der kommunalen Rechte der Frau
zur Beratung kommen würden, hatte aus dem Kreise der
Berliner Frauenwelt einen großen Andrang zu den Tribünen
veranlaßt. Die Zuhörerinnen wuchten sich aber der un-
gewohnten Umgebung nur schwer anzupassen, begleiteten viel-
mehr die Ausführungen der Redner mit lauten Kundgebungen
des Mißfallens oder der Zustimmung.

Die Grundlage der Aussprache bildete ein Antrag des
Ausschusses, der eine Vorlage verlangt, daß die Frauen mit
beschließender Stimme Mitglieder städtischer Deputationen
werden sollen, die sich mit Fragen der sozialen Fürsorge und
der Wohlfahrtsfrage beschäftigen. Das Zentrum will die
Frauen auch zu den Schuldeputationen hinzuziehen, während
die Fortschrittler ihnen zu allen städtischen Verwaltungs-
deputationen den Eintritt ermöglichen wollen. Verbunden
wurde die Aussprache mit der Behandlung der Witzschriften
des deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation, die sich
gegen jede Erweiterung der Frauenrechte auch in der städtischen
Verwaltung aussprechen.

Den konservativen Standpunkt vertrat der Abg. Graf
Trotz aller Bedenken werden wir für die Ausdehnung der
für den Zentrumsantrag stimmen. Dagegen lehnt der größere
Teil meiner Fraktion den fortschrittlichen Antrag wegen seiner
Folgerung für das politische Frauenstimmrecht ab. Bei der
Zulassung der Frauen zu städtischen Deputationen wäre
mindestens das Gemeindevahlrecht die Folge. Gewiß sind
die Frauen jetzt in erhöhtem Maße auf allen Gebieten tätig,

aber die Ausnahme einer Kriegszeit darf nicht zur Regel werden.

Abg. Dr. Kaufmann (Centr.) begründet einen Antrag, die Frauen auch mit beschließender Stimme zu den Schulkommissionen zuzulassen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Minister bereit sei, die Städteordnung dahin abzuändern, daß die Frauen in die wichtigsten Deputationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können.

Der Volksparteiler Dr. Lemm (Schwiegersohn des verstorbenen Frauenliebings Albert Träger) macht darauf aufmerksam, daß schon 1912 sich der Zentrumsgewählte Trimborn im Hause für die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ausgesprochen habe. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Dirsch-Berlin tritt für die Erweiterung der Frauenrechte lebhaft ein.

Worte des Wohlwollens spendet der nationalliberale Abgeordnete Neumann den Vorlagen. Der Vertreter der Freikonservativen Dr. v. Bonna verhält sich reserviert, wogegen sich der zweite konservative Redner, Abgeordneter Feins, in scharfen Worten ablehnend ausdrückt.

Hierauf werden die Ausschüsse angetragen. Das Haus verläßt sich dann auf morgen. Tagesordnung: Einbringung des Etats.

Im Herrenhaus — keine Kanzlerrede.

Berlin, 15. Januar.

Auch das Herrenhaus trat heute zu einer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen und bereitete sogleich den Beschlüssen, die die Tribünen füllten, eine schwere Entlastung.

Es war bekanntgeworden, daß der Reichskanzler sich dem Hause vorstellen werde und man vermutete, er würde zumindest über die innere Politik, ihre Entwicklung und Zukunft sprechen. Die Sitzung begann. Der Präsident teilte die Tagesordnung mit: Das Wohnungsgesetz, und erteilte dem neuen Herrn Ministerpräsidenten das Wort. Dieser nahm es auf und — gab es nach wenigen Minuten weiter an die Ressortminister. Graf Hertling stellte sich nämlich in der ihm von S. M. dem Kaiser und Königin verliehenen Würde vor, empfahl das Wohnungsgesetz dem Wohlwollen des hohen Hauses und schloß nach einigen Sätzen mit dem Bemerkung, daß der Herr Handelsminister über alles Nähere zu berichten berufen und bereit sei.

Als aber der Präsident dem Berichterstatter das Wort erteilte, lezten sich die Bänke, schieden sich die Tribünen.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk

Fortschritte in Brest-Litowsk.

* Brest-Litowsk, 15. Jan. (B.Z.) Heute fanden wieder Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarischen-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufig noch starken Abweichung in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine wesentliche Annäherung festgestellt werden.

Die „Post. Btg.“ meldet als die große Nachricht des Tages: Um den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsenden. Der frühere bayerische Ministerpräsident Bodemann wird sich zunächst nach Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dann nach Brest-Litowsk begeben.

* Brest-Litowsk, 16. Jan. (B.Z.) Am 14. Jan., 5 Uhr nachmittags, hielt die Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre 4. Sitzung ab. Staatssekretär v. Rühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formulierter Form mündlich zu beantworten.

Hierauf gelangte die materielle Antwort der Verbündeten zur Beratung, in der es heißt:

Die russischen Vorschläge, betreffend die besetzten Gebiete, weichen dermaßen von der Ansicht der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen.

Sie tragen nicht den Charakter des Kompromisses, sondern stellen sich als einseitige russische Forderung dar. Trotzdem sind die österreichisch-ungarischen und die deutschen Delegationen bereit, nochmals und diesmal formulierend ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, die dem von ihnen angestrebten Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung bieten kann. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit einem Abschluß eines Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist. Die verbündeten Delegationen erklären aus neuer, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staaten seien als vollkommen befähigt anzusehen, den Willen weiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken. In nachstehenden vier Punkten müsse versucht werden, Einigkeit zu erzielen:

Zu 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe der Nation und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechts. Nach Teile von Nationen können ihre Selbstbestimmung und Absonderung selbständig beschließen. Es ist hier keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Gebiete maßgebend sein soll. Rußland, Litauen und Polen bilden auch historisch eine gemeinsame Einheit.

Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben, sie beschließen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen dieser Art freie Hand behalten.

Zu 2. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf dem von den verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen wird. Eine Zurückziehung der Heere ist, so lange der Weltkrieg dauert, unmöglich. Jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen Umstände es gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Das Bild einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Evakuierten betrifft, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugelegt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf einer weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfang die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu 4. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volkstum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch ohne Votum können auf breiter Grundlage gewählte und ergänzte repräsentative Körperschaften nach Anschauung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatsbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreichs, wie z. B. die Ukraine und Finnland, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstesten Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen, und wenn es, anstatt des Versuchs einseitiger Diktate aufzusetzen, sich bemüht, die Fragen auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter der Voraussetzung solcher Intention können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konflikts festhalten.

Eine Antwort Trozky.

Hierauf ergriff Trotzky das Wort und erklärte, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formellen Schwierigkeiten beseitigt haben, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltenen Rede des General Hoffmann entstanden waren.

Die Kriegsziele der englischen Arbeiter.

Rotterdam, 15. Jan. Die hier eingetroffenen englischen Zeitungen lassen erkennen, daß Reuter Vandersloot's Erklärungen über die Kriegsziele der englischen Arbeiter gefolgt hat. Vandersloot sagte u. a., daß seine Partei nicht nur für die kleinen Nationalitäten das Selbstbestimmungsrecht wünsche, sondern auch für Japan und Indien eine schnelle Ausdehnung der Selbstverwaltung erstrebe. Unter keinen Umständen werde die Arbeiterpartei Gebietsausdehnungen Großbritanniens zulassen.

Einwunden gegen Thomas.

Bern, 15. Jan. Kürzlich hat der frühere französische Arbeiter-Minister Thomas in London erklärt, Elia-Bohringen müßte ohne Befragung der Bevölkerung an Frankreich zurückgegeben werden. Dagegen wendet sich der britische Arbeiterführer Snowden in einer Zuschrift an die „Daily Chronicle“. Er weist auf die Tatsache hin, daß die Bevölkerung Elia-Bohringens überwiegend deutsch ist und immer war, und versichert, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrheit des übrigen Englands nicht wünsche, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich insland zu setzen. Elia-Bohringen wiederzugewinnen.

Rußlands innere Kämpfe.

Die Ungültigkeitserklärung der Staatsschulden.

Die mannigfachen Gerüchte von einem bevorstehenden russischen Staatsbankrott, von der Einstellung des Zinsendienstes usw. werden jetzt durch folgende Petersburger Erklärung zum Teil beseitigt.

Der oberste Verwaltungsrat der nationalen Güter arbeitet den Entwurf einer Verfügung aus, wonach alle Reichsanleihen, die von der kaiserlichen und bürgerlichen Regierung ausgeben wurden, annulliert werden, ebenso werden alle inneren Anleihen sowie deren Obligationen, die im Besitz von Engländern sind, bedingungslos annulliert.

Als gültig werden allein betrachtet nationale, kurzfristige Schatzanleihen und die verschiedenen Werte des Schatzamtes. Ehe sich die finanztechnischen Folgen dieser Verfügung übersehen lassen, muß die Bekanntgabe ihres Wortlautes abgewartet werden.

Nachtritt Lenins?

Nach einer Meldung aus Stockholm ist in Petersburg das Gerücht verbreitet, der Vorsitzende im Volkskommissariat Lenin wolle zurücktreten und den Vorsitz Trozky überlassen.

Schon vor längerer Zeit hieß es einmal, Lenin wolle von der Leitung zurücktreten. Es gelang dann seinen Freunden, ihn zum Bleiben zu bewegen. Diesmal scheint jedoch der Entschluß des Ratvorsitzenden unabänderlich zu sein. Lenin ist in letzter Zeit selten hervorgetreten.

Meuterei der Schwarzmeerflotte.

In Sebastopol kam es zu einem förmlichen Blutbad unter den Offizieren des Ausschusses der Schwarzmeerflotte, der anlässlich des Matrosenaufstandes 1912 17 Matrosen meist zum Tode verurteilt hatte.

Jetzt haben die maximalistischen Matrosen eine furchterliche Rache genommen. 60 Offiziere, darunter vier Admirale und ein General, wurden getötet. Die Offiziere eines Schiffes wurden sämtlich nach dem Malakowturm gebracht und dort erschossen.

Die Meuterei überfiel dann die Stadt Killa, steckten sie zum größten Teile in Brand und plünderten sie aus. Die Bevölkerung flüchtete nach allen Seiten.

Es gibt nur eine Meinung.

Wie die Russen daheim über die politische Meinungsäußerung denken, auf die sie in Brest-Litowsk so großen Wert legen, geht aus einer Petersburger Meldung hervor, wonach der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats einen Erlass veröffentlicht hat, der den Räten der Bauern, Arbeiter und Soldaten das Recht verleiht, Neuwahlen festzusetzen oder die Wahlen derjenigen Abgeordneten zur Verfassungsgebenden Versammlung ungültig zu erklären, die nicht die Interessen der Arbeiter- und Bauernmassen vertreten. Der Kongreß der Bauern hat demgemäß eine besondere Verordnung für die unverzüglich Ungültigkeitserklärung der Mandate aller Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung festgelegt, die gegen die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte vorgehen. — Auf diese Weise kommt im „freien“ Rußland die gesetzgebende Versammlung als „Ausdruck des Volkswillens“ zusammen.

England baut ab.

Nach Meldungen aus Stockholm sind dort gleichzeitig mit dem bisherigen englischen Botschafter in Petersburg

Duchanan auch etwa 50 englische Industrielle und Fabrikleiter angekommen, die ihre bisherige Heimat endgültig verlassen zu wollen scheinen. In Stockholm sieht man darin ein bemerkenswertes Zeichen des englischen Abbaues in Rußland. In einem gewissen Gegensatz dazu steht die Meldung, wonach die britische Regierung beschloßen haben soll, mit dem kürzlich ernannten russischen Botschafter Litwinow, also dem Vertreter der Maximalisten, „halbdamliche“ Beziehungen anzuknüpfen. — (Echt englisch!)

Schreckendregiment russischer Soldaten.

Kopenhagen, 15. Jan. In Tornea kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen russischen Soldaten und finnischen Soldaten, die die sofortige Abschaffung des Wahzwanges zum Überstreichen der finnischen Grenze anordneten. Die Soldaten verjagten die Finnen von der Zollwache und drohten, eine Maschinengewehrkompanie aufzustellen, falls ein neuer Versuch gemacht werden sollte, den Wahzwang aufzuheben. Im Bezirk Åland kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Roten Garde und der Bürgergarde. Die russischen Truppen an der schwedisch-finnischen Grenze führen ein wahres Schreckensregiment. Niemand wagt sich mehr aus dem Hause, aus der Straße, von den Soldaten überfallen und ausgeplündert zu werden.

Russische Pogrome in Persien.

Stockholm, 15. Jan. Die „Weltkammer“ schreibt, teilt der persische Konsul in Teheran mit, daß die Entfernung der russischen Truppen aus Persien schneller vor sich gehe, als man zu hoffen wagte. Nach amtlichen Angaben der persischen Regierung haben die russischen Truppen in Urmia alles geplündert und vernichtet. Folge dieser Pogrome ist, daß die Persier sich auf russisches Gebiet hinüberretten. Ungefähr 12 000 Persier haben sich in der umliegenden Steppe angesammelt, wo sie die Reis- und Baumwollpflanzungen zerstörten.

Militarisierung der russischen Arbeiter.

Schweizer Grenze, 15. Jan. Wasas meldet aus Petersburg, daß die russische Regierung mit Hilfe der Roten Garde 15% der Arbeiter aller Fabriken in die Armee einreichte und sie mit Maschinengewehren ausstüfte.

Die maximalistische Ozeermacht in Südrussland.

Bern, 15. Jan. Nach der „Pravda“ bestehen die maximalistischen Streitkräfte, die in Südrussland gegen die Kolosalen kämpfen, aus 30 000 Mann, die über drei Panzerzüge und eine zahlreiche Artillerie verfügen sollen. Ein bei Bessarabien ausgefochtener Kampf soll mit einem Erfolg der Maximalisten über die Ukrainer geendet haben.

Unerwünschte Bundesgenossen.

Russische Grenze, 15. Jan. Krasno ordnete die zwangsweise Entfernung aller Ententeagenten aus der Kriegszone an.

Ein Mordanschlag auf Lenin.

* Petersburg, 16. Jan. (B.Z.) Petersburger Telegraphen-Agentur) Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert.

Caillaud verhaftet.

Starke Erregung in Paris.

Genf, 15. Januar.

Die Pariser Blätter melden, ist der ehemalige Ministerpräsident Caillaud gestern verhaftet und unverzüglich in das Gefängnis für Kranke verbracht worden.

So ist dem Clemenceaus bisher Wunsch endlich erfüllt worden. Der schlimmste und unerträglichste seiner Gegner ist nicht nur aus der Kammer entfernt, sondern auch in der Kritik an der Regierung behindert. Clemenceau wagt viel; denn der Verhaftete hat einen großen Anhang und die Untersuchung gegen ihn hat manchen Zweifel an seiner Schuld — er ist bekanntlich des Einverständnisses mit dem Feinde angeklagt — auch bei denen aufkommen lassen, die seine politischen Gegner sind. Der Eindruck, den die Verhaftung in Paris machte, ist denn auch ungewöhnlich stark. Es herrscht eine Stimmung, wie in den Tagen des Dreyfußprozesses.

Das entscheidende Schriftstück.

Wie die Blätter berichten, gab den letzten Anstoß zur Verhaftung die Auffindung eines Schließfaches, das Caillaud unter anderem Namen in einer Florentiner Bank deponiert hatte. Neben Wertpapieren in beträchtlicher Höhe wurde dort auch ein Schriftstück gefunden, dessen Wichtigkeit nicht gestattete, Caillaud länger auf freiem Fuß zu lassen.

Wer denkt dabei nicht an das geheimnisvolle Dossier, das Dreyfuß verhängnisvoll wurde und sich später als Fälschung herausstellte. Caillaud kämpft jetzt um sein Leben.

Caillaud' Selbstmordgedanken.

Genf, 15. Jan. Ein Pariser Blatt teilt mit, daß Caillaud seit einem geladenen Revolver bei sich getragen habe, um im Falle seiner Verhaftung Widerstand zu leisten oder sich das Leben zu nehmen. Er habe jedoch von der Waffe nicht Gebrauch machen können, da er in seiner Wohnung überrascht und überwältigt worden sei.

Italienische Angriffe gescheitert.

Mitteilungen des Boltschen Telegraphen-Bureaus. Großes Hauptquartier, 15. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Alolone und Monte Vertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die tagsüber in den Angriffsabschnitten anhaltenden Generalkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Österreichisch-ungarischer Ozeerbericht.

Wien, 15. Jan. Anlässlich der Brenta und dem Mt. Vertica ging der Italiener nach starker, zeitweiliger am Trommelfeuer gesteigerter Artillerievorbereitung zum Infanterieangriff über. Nach sehr heftigen Kämpfen gelang es dem Feinde, an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Im ganzen Angriffsraum ist die vorderste Kampflinie noch in unserm Besitze. Der Gegner erlitt schwere Verluste. An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Drefanin rasch zum Stehen gebracht.

Die Ehe in Japan.

* Die Stellung der japanischen Frau dem Mann gegenüber ist fast untertänig. Sie wird etwa wie eine höhere Hausbesitzerin betrachtet. Wenn das Ehepaar z. B. spazieren geht, darf sie nicht an der Seite ihres Mannes gehen, sondern muß sich hinter ihm halten. Sie darf sich erst setzen, nachdem er Platz genommen hat, essen, wenn er gegessen hat, und wenn sie mit ihm spricht muß sie ihn „mein Herr“ anreden. Ehescheidungen sind in Japan sehr häufig; es ist berechnet worden, daß jede dritte Verbindung wieder auseinander geht. Am häufigsten kommen Ehescheidungen in den ärmeren Volksschichten vor, seltener in vermögenden Kreisen.

Ehrensalven über ein Frauengrab. Mit allen militärischen Ehren wurde in Rostock eine hochbetagte Dame zur letzten Ruhe beisetzt, das im 85. Lebensjahr verstorbenen Fräulein Elise Wille. Sie hatte sich während des Krieges von 1870/71 der Militärbehörde zur Verfügung gestellt. Als dann die ersten Schwerverwundeten, namentlich Bayern, eintrafen, hat sie als Pflegerin im Universitäts-Krankenhaus, das als Lazarett diente, mit größter Pflichttreue ihres Amtes gewaltet. An Auszeichnungen besaß die Verstorbene das Preussische Militärverdienstkreuz, das Bayerische Militärverdienstkreuz, die Feldzugsmedaille und die Rentnermedaille.

Wierzig Stunden zwischen Tod und Leben. Von der Nordsee küste wird dem Hamburger Fremdenblatt geschrieben: Furchtbare Stunden auf hoher See in einem kleinen Rettungsboot hat vor einigen Tagen der Kapitän Nielsen des norwegischen Handelsdampfers „Aronson“ erlebt. Der Dampfer war in englischem Auftrag mit einer Ladung Kohlen nach Rouen unterwegs. Abends gegen 10 Uhr wurde das Schiff auf hoher See von einem deutschen U-Boot gesichtet, das sofort zum Angriff schritt. Ein Torpedotreffer verursachte eine furchtbare Kessel-Explosion; das Schiff brach auseinander und sank innerhalb weniger Minuten. Kapitän Nielsen, der rechtzeitig in ein Rettungsboot flüchten konnte, trieb dann unter umfänglichen Leiden die Nacht über, den ganzen folgenden Tag, die zweite Nacht und den anderen Vormittag als Spielball der Wellen bei Sturm und großer Kälte ohne Schutz und Nahrung umher. Nach vierzig Stunden wurde das Boot mit dem fast leblosen, todkranken Kapitän von dem norwegischen Dampfer „Vorgli“, den ein U-Boot aus seinem Kurs gejagt hatte, entdeckt und an Bord genommen, wo er wieder zu sich kam.

o Schuhe für Fettwaren. In einem Schubgeschäft zu Dortmund wurden von der Polizei 70 Paar gute Damenschuhe beschlagnahmt, die von dem Inhaber nur an solche Kunden abgegeben wurden, die Butter, Speck u. dgl. einzukaufen hatten. Die Schuhe sollen zu Normalpreisen an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden.

o Die größte Kälte seit Menschengedenken ist in Südnorwegen eingetreten. Das Thermometer sank in einzelnen Gegenden bis 48 Grad, und im Gebirge sollen die Temperaturen teilweise noch niedriger gewesen sein. An vielen Stellen froh das Quecksilber ein, so daß die Thermometer sprangen.

o Hundert Zentner Speck nicht abgeliefert. Gelegentlich einer Verhandlung vor dem Mainzer Schöffengericht, bei der zahlreiche Landbewohner aller Stände, Landwirte, Maurer, Schneider, Schmiede, Arbeiter, Schreiner, Geometer, sämtliche aus Ortshäusern des Kreises Mainz, wegen der Nichtablieferung der Rationsmengen von Speck aus Hausflächungen verurteilt wurden, wurde festgestellt, daß im Gebiet des Kreises Mainz insgesamt hundert Zentner Speck verordnungswidrig nicht von den Schlachtenden abgeliefert worden sind.

Volks- und Kriegswirtschaft.

*** Herabsetzung der Tabakkontingente.** Wie die Deutsche Tabakgesellschaft meldet, sind laut Beschluß des Arbeiter-Ausschusses der Deutschen Tabakhandels-Gesellschaft und unter Zustimmung der Reichskommission vom 1. Februar ab die Kontingente bei Zigarren, Rau- und Schnupftabakherstellung von 60 auf 40 %, bei Rauchtabakherstellung von 60 auf 40 % herabgesetzt.

*** Die bevorstehende Herabsetzung der Getreidepreise.** In der letzten Zeit finden sich in der Presse hin und wieder Notizen über die für den 1. März 1918 vorgesehene Herabsetzung der Getreidepreise um 100 Mark für die Tonne, nach denen in den beteiligten Kreisen die Meinung zu herrschen scheint, daß diese Preisherabsetzung nur als Drohung ins Auge gefaßt worden sei, möglicherweise aber nur in gemildeter Form oder gar nicht eintreten werde. Diese Ansicht ist durch aus unzutreffend, wie amtlich festgestellt wird. Vielmehr ist die am 1. März 1918 eintretende Herabsetzung der für Getreide, Buchweizen, Gerste und Hülsenfrüchte zurzeit geltenden Höchstpreise um je 100 Mark für die Tonne gesetzlich bereits festgelegt worden. Die Landwirte haben sich also unbedingt darauf einzurichten, daß der Preisabschlag mit dem 1. März eintritt; es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, soviel wie möglich bis zu diesem Zeitpunkt abgeliefert zu haben.

*** Nur noch 125 Gramm Seifenpulver.** Nach den bisherigen Bestimmungen entfielen auf die Seifenkarte in einem Monat 50 Gramm Feinseife und 250 Gramm Seifenpulver. Jetzt steht eine neue Verordnung des Reichsanwalts mit Wirkung vom 1. d. M. die Seifenpulvermenge auf nur 125 Gramm monatlich herab. Begründet wird diese Herabsetzung damit, daß die für Seifenpulver nötigen Rohmengen fast ausschließlich von der Seerechtsverwaltung in Anspruch genommen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Urkundenfälschung durch eine Todesanzeige. Eine kriegsgetraute junge Frau in Merlohn, die sich in ihren an die Heimat geknüpften Hoffnungen bitter getäuscht sah, überlieferte vor einiger Zeit ihrer Schwiegermutter ihre eigene Todesanzeige, um auf diese Weise von der Mutter des Mannes loszukommen. Die Schwiegermutter erschien jedoch unerwartet mit einem Kranz zur Teilnahme an der Beerdigung. Die Sache fand jetzt ein Nachspiel vor Gericht. Die junge Kriegerfrau muß ihre Tat, die eine Urkundenfälschung darstellt, mit einer Woche Gefängnis büßen.

Annähernd 400 000 Verfahren

wegen Zuwiderhandlung gegen Vorschriften zur Sicherstellung der Volksernährung in Preußen sind in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917 bei den preussischen Staatsanwaltschaften und Amtsgerichten anhängig geworden. Rechtskräftig wurden Strafbefehle gegen 136 016 und Urteile gegen 26 954 Personen. Rechtskräftig erkannt wurde gegen 10 078 Personen auf Freisprechung und gegen 75 984 Personen auf eine Geldstrafe von 20 Mk. oder weniger, gegen 65 088 Personen auf eine Geldstrafe von mehr als 20 bis 100 Mk., gegen 10 349 Personen auf eine Geldstrafe von mehr als 100 Mk., gegen 810 Personen auf eine Freiheitsstrafe bis zu 1 Woche, gegen 690 Personen auf eine Freiheitsstrafe von mehr als 1 Woche bis zu 1 Monat, gegen 277 Personen auf eine Freiheitsstrafe von mehr als 1 Monat bis zu 1 Jahre und gegen 4 Personen auf eine Freiheitsstrafe von mehr als 1 Jahre, im ganzen gegen 151 421 Personen auf eine Geldstrafe und gegen 1781 auf eine Freiheitsstrafe. Daneben wurde gegen 3928 Personen auf Einziehung ihnen gehöriger Waren erkannt und gegen 8 Personen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen.

Verantwortlich: Adam Eilene, Destr. 1.

Holz-Versteigerung.

Am Montag, den 21. ds. Mts.,
nachmittags 2 1/2 Uhr,

werden auf der Langwerth'schen Au bei Dattenheim

- 1) 7 Eichenstämme enthaltend 25,77 Festmeter,
- 2) 60 Hmtr. Eichenknüppelholz,
- 3) 725 Wellen

meistbietend versteigert.

Eltsville, den 15. Januar 1918.

Das Freiherrl. bangwerth u. Simmern'sche Rentamt.

Der

Schuh-Lehrkursus

des Vaterländischen Frauen-Vereins zu Winkel und Mittelheim, beginnt am

Montag, den 21. Januar,
morgens 9 Uhr,

in der Winkeler Kleinkinderschule

Der Vorstand.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoklizen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild. Grosses Lager in Ereschen und Aahinger. Aufnahmen dazu gratis.

12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 50 Fig. 12 Fotos Mk. 1.—.

Reisepassbilder in sofort. Ausführung.

Aufnahme bei jed. Witterung, bis abends 8 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet.

Elektr. Kopieranstalt, Entwicklung von Film u. Platten u. Abzüge auch fürs Feld.

Fremdenbücher

Hotels und Gasthäuser, gebunden und ungebunden,
liefert die Buchdruckerei des

Rheingauer Bürgerfreund, Oestrich u. Eltsville.

Schüler, deren Vererbung gefährdet

ist, sollten sehr sofort bei uns angemeldet werden, da sie sonst ein volles Jahr verlieren. Wir besetzen durch individuellen Unterricht in kleinen Klassen die vorhandenen Lücken und bringen die Schüler bis zur Einj.-u. zur Abit.-Prüf. vorwärts. — 25 Lehkräfte. — Hervorragende Erfolge: Es bestanden in Jahresfrist 44 Schüler die Prüf. für Prima, Sekunda usw.; 22 für das Einj., 6 für das Kadettenkorps, 5 für Führerschule und 5 für Abitur, insges. 82. — Anerkennungen aus ersten Kreisen. — Derselbige Verpflegung der Schüler. — Prosp. nach Vorlage des letzten Zeugn. 1. Reform-Institut, Kehl a. Rh.

Photographen-Atelier Bogler

Gelsenheim im Rheingau.

Spezialitäten: Vergrößerungen und Verkleinerungen,

auch von Ziv. in Feldgrau

und alle sonstigen Photographischen Arbeiten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden
unseres lieben, unvergesslichen Vaters

Herrn Karl Krayer

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Johannisberg, den 16. Januar 1918.

Wein-Etiketten

liefert rasch und billigst
die Druckerei des Blattes.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
anlässlich des Hinscheidens und der Beerdigung
meines innigstgeliebten Vaters, unseres guten Vaters,
Großvaters, Schwiegervaters, Schwagers und
Onkels

Herrn Jakob Heil

Veteran von 1866, 1870/71

sagen wir hiermit allen unseren innigsten Dank.
Insbesondere dem Krieger- und Militärverein, den
barmherzigen Schwestern für ihre liebevolle Pflege,
sowie für die vielen Kranz- und Blumenpenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Anna Maria Heil,

geb. Klein.

Hallgarten, Eltsville, Destr., Winkel, Berlin,
Mainz u. im Felde, den 16. Jan. 1918.

Kriegs-Trauerbildchen

als
Andenken an Gefallene

in verschiedenen Mustern vorrätig
und mit Eindruck sofort lieferbar.

Buchdruckerei des

Rheingauer Bürgerfreund

Oestrich am Rhein.

Rind

steht zu verkaufen bei
Joh. Paul Schuth Ww.,
„Gasthaus zur Krone“,
Raunthal im Rheingau.

3 trachtige

Ziegen

stehen zu verkaufen
bei Josef Moss,
Hallgarten.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger

Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Gebrauchtes Klavier

zu kaufen gesucht.

Offerte mit Preisangabe u.

P. 100 an die Exped. d. Bl.

Wähe, sowie Weinbergs-

stiele, transitierte und im-

prägnierte 1,50 m, 1,75 m,

2 m lange Baumstüben,

transitierte und imprägnierte;

große Auswahl transitierte und

imprägnierte Pfähle, von

1,50 — 3 m und höher, von

Bois 5—12, zu haben bei

Gregor Dillmann,

Weisenheim am Rhein.

Leipziger Pelze

Prachtvolle Alaska- u. Blau-

fuchs-Garnituren, auch ein-

zelne Kragen und Mäße billig

zu verkaufen bei

A. Pietsch, Frankfurt a. M.,

Fraunheimerstraße 21, part.

Weinbergs-Arbeiten

gegen hohen Lohn zu vergeben.

Jacob Horz,

Winkel im Rheingau.

Suche

Arbeitskraft

zum Roden einer Weinbergs-
wüste ca. 25 Huten (Sand-
boden) gegen hohen Lohn.

Näh. Destr., Mühlstr. 8.

Besseres Mädchen

welches nähen, bügeln und
servieren kann als

erstes Hausmädchen

zum 1. Februar gesucht.

Frau Fabritzel, S. Krayer,

Winkel Rhg., „Haus Gutenberg“.

Tüchtiges

Mädchen

für den Haushalt bei gutem

Lohne und guter Behandlung

zum 1. Februar gesucht.

Niederwalluf, Schöne Aussicht 9.

Für 1. April

Lehrling

gesucht.

Firma C. Höhl, Eltsville.

Arbeiter u.

Arbeiterinnen

nimmt ständig an

Chemische Fabrik, Winkel.

Ein tüchtiger zuverlässiger

Fuhrmann

sofort gesucht.

Königl. Prinzl. Administration

Erbach-Rheingau.

In Niederwalluf, Hauptstr. 16,

ein

2-stöck. Wohnhaus,

enth. 6 Zimmer, 3 Küchen,

el. Licht und Wasserleitung,

Scheune, Stall, 11. Hausgarten

verkauft für 12 000 Mk., bei

2 000 Mk. Anzahlung

Gruber,

Ober-Rodach u. d. S.